



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Ausschusses
für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 07.02.2017, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 06.12.2016
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Information Car-Sharing
 - 7.2. Vorstellung Entwicklungskonzeption Heegermühler Straße 14
 - 7.3. Aktualisierung Einzelhandelsgutachten
 - 7.4. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

- 10.1. **Vorlage:** BV/0412/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Bebauungsplan Nr. 406/1 "Wohnquartier Westend-Center" Aufhebung Satzungsbeschluss vom 24.09.2016 und Beschluss über die erneute Offenlage des geänderten Entwurfes
- 10.2. **Vorlage:** BV/0425/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 01.4 - Jugendkoordinatorin
Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln für die Maßnahme "Außenanlage STINO"
- 10.3. **Vorlage:** BV/0407/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Entwurfsplanung und Baubeschluss Straßenbeleuchtung Knotenpunkt Friedensbrücke
- 10.4. **Vorlage:** BV/0408/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Asternweg
- 10.5. **Vorlage:** BV/0409/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Paul-Trenn-Straße
- 10.6. **Vorlage:** BV/0410/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Stadt Eberswalde (Erschließungsbeitragssatzung)
- 10.7. **Vorlage:** BV/0411/2017 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Straßenbaubeitragssatzung)

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Wolff begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 24. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU).

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Wolff stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig

ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des ABPU sind 10 Mitglieder und 1 Stadtverordneter mit aktivem Teilnahmerecht anwesend (**Anlage 1**).

Herr Wolff begrüßt Herrn Jede von der Fraktion Bündnis Eberswalde als zusätzliches Mitglied im ABPU mit aktivem Teilnahmerecht und ohne Stimmrecht. Gemäß Geschäftsordnung und der Kommunalverfassung des Landes Brandenburgs ist Herr Jede berechtigt das Wort zu ergreifen, Vorschläge einzubringen, Fragen und Anträge zu stellen und diese zu begründen.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 06.12.2016

Schriftliche Einwendungen liegen nicht vor, mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Wolff teilt mit, dass der Titel in der Tagesordnung vom Titel des TOP 10.1 abweicht und stellt richtig, dass der TOP 10.1 in der Tagesordnung wie folgt richtig heißen muss:

„Bebauungsplan Nr. 406/1 „Wohnquartier Westend-Center“

Aufhebung des Satzungsbeschlusses

Beschluss über die öffentliche Auslegung“

Herr Wolff teilt mit, dass die Anfrage AF 0067/2017 „Winterdienst und Obus“ (**Anlage 2**) und Anfrage AF 0068/2017 „Energieeffizienz der Heizung des Bürgerbildungszentrums „Amadeu Antonio““ (**Anlage 3**) von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner verteilt wurden und somit Bestandteil der Tagesordnung sind.

Abstimmungsergebnis zur Änderung: einstimmig zugestimmt

Der geänderten Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

6.1 Einwohner, Erich-Weinert-Straße, Eberswalde:

- nimmt Bezug auf die Anfrage AF/0068/2017 „Energieeffizienz der Heizung des Bürgerbildungszentrums „Amadeu Antonio““ von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis und verliest seine Fragen zum Geothermieeinsatz im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio gemäß seinem Schreiben vom 07.02.17, das als **Anlage 4** zur Niederschrift beigefügt ist; die Beantwortung der Fragen kann im Zusammenhang mit der Anfrage unter TOP 9 erfolgen

Frau Fellner sagt zu, dass die Fragen zur Geothermie unter TOP 9.2 der heutigen Sitzung, soweit es möglich ist, von Herrn Bessel beantwortet werden.

6.2 Einwohner, Fritz-Weineck-Straße, Eberswalde:

- regt an, dass die Anlieger der Eberswalder Straße durch die Verwaltung auf ihre Pflichten hingewiesen werden, den Rad- und Fußgängerweg so zu beräumen, dass beim Parken auf ihrer Grundstückseinfahrt nicht die Rad- und Fußgängerwege aufgrund der Schneeanhäufungen komplett blockiert werden

Frau Fellner bestätigt, dass die Beräumung der Rad- und Fußgängerwege eine Anliegerpflicht ist und sagt zu, dass der Hinweis an das Ordnungsamt weitergegeben wird.

- lobt die Beräumung des neuen Fahrradweges in der Heegermühler Straße, stadteinwärts links
- weist darauf hin, dass am Ausgang der Kurve in der Erich-Steinfurth-Straße das Verkehrsschild „30“ entnommen wurde

Die Verwaltung nimmt den Hinweis entgegen.

- sieht als unsachlich an, dass der Bahnhofsvorplatz, welcher vor ca. 15 Jahren erneuert wurde, bereits nach 7 Jahren wieder verändert wurde und bemängelt die Höhe der Anschaffungskosten für die Sitzbank

Frau Fellner informiert, dass die Gestaltung der „Grünen Bahnhofsinsel“ ein langwieriger Prozess war unter Beteiligung des ALNUS e.V., der Verwaltung und den Stadtverordneten, in dem die Anregungen aus dem bürgerschaftlichen Engagement aufgenommen und im ABPU mehrmals vorgestellt und diskutiert wurden. Sie weist darauf hin, dass die Stadtverordneten dem Gemeinwohl verpflichtet sind und durch sie entschieden wurde.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1

Information Car-Sharing

Frau Leuschner informiert anhand der PowerPoint-Präsentation „Prozessinitiierung für den Aufbau eines Carsharing-Angebots in Eberswalde“ (**Anlage 5**) über den Prozess des Carsharing.

Herr Melzow:

- regt an, das Wirtschaftsunternehmen anzuhalten, die anliegenden Kommunen und Gemeinden einzubeziehen und dass nur modernste Technik, wie Elektromobile, zum Einsatz kommen

Herr Bloch:

- regt an, auch über die Peer-to-Peer-Carsharing-Variante (privates Autoteilen) anhand einer Plattform nachzudenken, um die Fahrzeuge innerhalb der Stadt zu reduzieren

Herr Jede:

- regt an, auf die Platzierung einer Carsharing-Station, die zentral in der Bahnhofsnähe erfolgen sollte, Einfluss zu nehmen

Die Verwaltung nimmt die Hinweise und Anregungen zur Kenntnis.

Herr Pringal:

- bittet nach Abschluss der ersten Stufe des Prozesses, über das Ergebnis und vor Beauftragung einer weiteren Stufe im ABPU zu berichten

Frau Fellner erläutert, den derzeitigen Prozess, dass aus mehreren Konzepten der Versuch der Initiierung von Carsharing in Eberswalde für sinnvoll erachtet wurde und in Klein- und Mittelstädten bisher keine Wirtschaftsunternehmen Carsharing-Angeboten haben. Aus diesem Grund hat die Verwaltung eine Prüfung des Prozesses veranlasst, ob Carsharing für die Stadt Eberswalde grundsätzlich eine wirtschaftliche, sinnvolle und zukunftsfähige Möglichkeit darstellt und wenn ja, in welcher Form ist sie realisierbar.

Frau Fellner sagt zu, nach Abschluss der ersten Stufe und vor Beauftragung weiterer Stufen des Prozesses im ABPU zu berichten.

Herr Grohs:

- regt an, die Idee einer Nutzung von Fahrrädern in Kombination mit Carsharing zu bedenken und verweist auf das bereits am Bahnhof vorgehaltene Angebot

TOP 7.2

Vorstellung Entwicklungskonzeption Heegermühler Straße 14

Herr Siegfried Schwarzer vom Architekturbüro Schwarzer stellt anhand der PowerPoint-Präsentation „Bebauungsstudie Heegermühler Straße“ (**Anlage 6**), im Auftrag der Guido Ney GbR, die ersten Ideen einer Entwicklungskonzeption für die Heegermühler Straße vor.

Frau Wagner:

- regt an, die Gebäude in einer unterschiedlichen Geschossigkeit anzubieten

Herr Grohs:

- weist auf das städtebauliche Umfeld in diesem Bereich hin, auf die Notwendigkeit der Vorhaltung einer Tiefgarage und regt an, dieses unbedingt bei der Planung zu berücksichtigen

Frau Fellner fasst zusammen, dass eine Punkthausbebauung den grundsätzlichen Erwägungen und Konzepten der Verwaltung entspricht, auf die vorgestellten zweigeschossigen Gebäude im hinteren Grundstücksteil wird seitens des Investors verzichtet und es wird die Anzahl der Geschosse überdacht. Eine Geschossigkeit, die sich an der Firsthöhe der gründerzeitlichen Bebauung orientiert, wird vorgeschlagen. Weiter führt sie aus, dass die vorgestellte Idee im weiteren Schritt in einem Bebauungsplan gemeinsam bearbeitet wird.

TOP 7.3

Aktualisierung Einzelhandelsgutachten

Frau Fellner schildert den bisherigen Werdegang im Rahmen des interkommunalen Abstimmungsgebots zum Bebauungsplan Nr. 101 der Gemeinde Schorfheide - Erweiterung Fachmarktzentrum Finowfurt und erläutert, dass der letzte Bebauungsplanentwurf die Vorhaltung von 3 Baufeldern mit jeweils 800 m² Verkaufsfläche (für einen Lebensmitteldiscounter, einen Drogerie- und einen Heimtierfachmarkt) vorsieht. Sie erläutert den Zusammenhang des Mittelzentrums mit über 40.000 Einwohnern und der Steuerung des Einzelhandels, der im strategischen Bebauungsplan durch zentrale Versorgungsbereiche ausgewiesen ist. Weiter führt sie aus, dass sich die Stadt Eberswalde in der Positionierung auf langfristige und strategische Überlegungen ausgerichtet ist und sich im Jahr 2013 eine Auswirkungsanalyse zu den städtebaulichen und raumordnerischen Auswirkungen erarbeiten lassen hat. Sie erläutert, dass sich zwischenzeitlich die Rahmenbedingungen verändert haben, in dem das Einkaufszentrum an der „Alten Brauerei“, das Westend-Center errichtet wurden und auch das Einkaufszentrum in der Heegermühler Straße 45a Veränderung erfuhr und sich somit die Gefahr reduziert hat, dass durch die Erweiterung des Fachmarktzentrums um einen Lebensmittelmarkt Kaufkraft in Eberswalde abgezogen wird. Frau Fellner informiert, dass der Gemeinde Schorfheide durch die Verwaltung eine Zustimmung zum interkommunalen Abstimmungsgebot zum o.g. Bebauungsplanverfahren in Aussicht gestellt werden kann, wenn die Vorhaltung einer Verkaufsfläche für Einzelhandel weniger als 800 m² und einer maximalen Nutzfläche von 1250 m² Baufeld, seitens der Gemeinde Schorfheide planungsrechtlich festgesetzt werden.

Es wird eingeschätzt, dass mit einem einzelnen Lebensmitteldiscounter die regionale Wettbewerbsstruktur nicht zerstört werden würde, d. h., dass es keine gravierenden negativen Auswirkungen auf die Einzelhandelsstruktur in Eberswalde hätte. Frau Fellner führt weiter aus, dass die Verwaltung jedoch bei Vorlage eines Bebauungsplanentwurfes der Gemeinde Schorfheide, in dem weiterhin an 3 Baufeldern festgehalten wird, an einer ablehnenden Stellungnahme festhalten wird und erläutert, dass die Verwaltung überzeugt ist, dass eine erhebliche Beeinträchtigung der zentralen Versorgungsbereiche in Eberswalde aufgrund der Größendimensionierungen und Umsatzerwartungen dieser Unternehmen zu erwarten ist und mit einer deutlichen Verdrängungswirkung zu rechnen wäre. Sie berichtet, dass Herrn Schoknecht, Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide, im Gespräch am 07.02.2017 die Position der Stadt Eberswalde erläutert wurde.

TOP 7.4

Sonstige Informationen

Frau Fellner informiert, dass die Beantwortung der im öffentlichen Teil der 20. Sitzung des ABPU am 12.09.2016, unter TOP 8.1 „Sechster Vergabebericht der Stadt Eberswalde“, Vorlage I/0019/2016, von Frau Wagner gestellten Anfrage von dem Dezernat I schriftlich erfolgt ist und an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner vor der Sitzung verteilt wurde **(Anlage 7)**.

Frau Leuschner informiert anhand der PowerPoint-Präsentation „Raumordnungsverfahren »Erdgasfernleitung EUGAL, Abschnitt Brandenburg«“ **(Anlage 8)** über den Inhalt und den aktuellen Stand der Stellungnahme der Stadt Eberswalde.

Frau Fellner berichtet, dass im Wohnbaugebiet Ostender Höhen der Baustart mit dem ersten Spatenstich für den 07.03.2017, um 15.00 Uhr vorgesehen ist und lädt dazu herzlich ein. Darüber hinaus informiert sie anhand der PowerPoint-Präsentation „Wohnbaugebiet Ostend - Ostender Höhen, 3. BA“ **(Anlage 9)** über weitere Details zum Baugebiet.

Frau Köhler nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der 22. Sitzung des ABPU am 08.11.2016 unter TOP 7.3 gegebene Information zu Neupflanzungen und Fällungen im Herbst 2016 und ergänzt, dass in der Prenzlauer Straße an 6 Eschen Erkrankungen festgestellt wurden und diese aus Verkehrssicherungsgründen umgehend gefällt werden müssen. Die Neupflanzungen von 6 Bäumen sind im Frühjahr 2017 vorgesehen.

Frau Köhler bezieht sich auf den im öffentlichen Teil der 23. Sitzung des ABPU am 06.12.2016 unter TOP 10.2 BV/0389/2016 „Vorplanung der Verkehrsanlage Asternweg“ von Frau Wagner erbetenen Bericht über die bereits eingebauten Rigolenkörper und Erfahrungswerte und informiert gemäß der Übersicht über Straßenbaumaßnahmen mit Rigolenentwässerung **(Anlage 10)**.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

TOP 9.1.

Anfrage: AF/0067/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: Fraktion Alternatives Wählerbündnis
Eberswalde

Winterdienst und Obus

Frau Fellner nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

- der Verwaltung ist die besondere Situation der Obusse im winterlichen Straßenverkehr bekannt; die Zusammenarbeit mit der Barnimer Busgesellschaft mbH (BBG) ist ausgesprochen gut organisiert, der Bauhof (insbesondere Frau Heidenfelder als Amtsleiterin und die Schichtleiter) steht im regelmäßigen Kontakt mit der BBG
- es ist die BBG für den Obus und mit ihr der Gesellschafter Landkreis Barnim zuständig und nicht die Verwaltung

Darüber hinaus informiert sie, dass Herr Wruck als Geschäftsführer der BBG die Obusse für den Winterbetrieb als ungünstige Fahrzeugkonstellation bezeichnet und macht darüber hinaus Ausführungen zur technischen Ausstattung der Obuss, so z. Bsp. dass sie derzeit mit Reifen mit Matsch- und Schneeprofil fahren, sie aber durch die Elektronik eine schwierige Drehmomentkurve aufweisen und die Lage der Antriebsachse das Fahren im Winter deutlich erschwert.

Frau Fellner berichtet weiter, dass seit Anfang Februar seitens der Verwaltung Umstellungen in der Dienstzeit erfolgt sind und bereits um 03:00 Uhr die Räumfahrzeuge den Bauhof verlassen. Darüber hinaus informiert sie, dass in den Tourenplänen des Straßenwinterdienstes der Stadt Eberswalde die Straßen an oberster Priorität stehen, die mit Obuslinien belegt sind, neben den Bundes- und Landesstraßen sowie zu den Versorgungsträgern Krankenhäuser und Feuerwehren usw. An besonderen Schwerpunkten in der Stadt wurden Streubehälter mit abstumpfenden Mitteln aufgestellt. Frau Fellner informiert, dass die BBG derzeit Überlegungen trifft, ihre Fahrzeuge auf noch bessere Winterbereifung, analog der Winterbereifung des öffentlichen Nahverkehrs in Schweden oder Finnland, umzustellen. Durch die unglückliche Konstellation der technischen Ausstattung der Obusse wird in den Wintermonaten immer mit Einschränkungen zu rechnen sein.

Sowohl die BBG als auch die Stadt Eberswalde unternehmen alle Anstrengungen, um den öffentlichen Nahverkehr so störungsfrei wie möglich zu gestalten.

Herr Baaz:

- fragt, ob an den markanten Stellen Splitt gestreut werden kann

Frau Heidenfelder informiert, dass die Straßen mit Salz gestreut werden und dass das zusätzliche Streuen mit Splitt ein zusätzliches Fahrzeug erfordern würde.

Herr Banaskiewicz:

- regt an, Kooperationsverträge mit den Unternehmen zu schließen, die den Straßenwinterdienst außerhalb von Eberswalde tätigen, so dass die Stadt durchquerenden Fahrzeuge ebenfalls Bereinigungen durchführen

Herr Dr. Mai:

- bittet um mehr Gelassenheit zum Thema Winterdienst unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten von Obussen und Landesstraßen

TOP 9.2

Anfrage: AF/0068/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: Fraktion Alternatives Wählerbündnis
Eberswalde

Energieeffizienz der Heizung des Bürgerbildungszentrums "Amadeu Antonio"

Herr Bessel nimmt die Beantwortung der Fragen der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde wie vor:

Zu Frage 1:

- er informiert, dass der kalkulierte COP (coefficient of performance) 3,67 ist; über den tatsächlichen Wert kann keine Auskunft erteilt werden, weil Messdaten für die erzeugte Wärmemenge nicht vorliegen, nur Daten über den verbrauchten Strom

Zu Frage 2:

- berichtet er, dass im Jahr 2015 Strom in Höhe von 28.962 kWh für die Wärmepumpe verbraucht wurden; über die Höhe der tatsächlich erzeugten Wärmemenge kann keine Auskunft erteilt werden, weil Messdaten nicht zur Verfügung stehen

- ergänzend führt er aus, dass die Erzeugung von 66.000 kWh Wärmeenergie bei einem Einsatz von 18.000 kWh Elektroenergie kalkuliert war; daraus ergibt sich der o. g. COP von 3,67

- tatsächlich sind 28.962 kWh Wärmepumpenstrom in 2015 verbraucht worden (29.686 kWh in 2016), d. h. die Wärmepumpe hatte eine deutlich höhere Laufleistung als kalkuliert, so dass von einer deutlich höheren erzeugten Wärmemenge ausgegangen werden kann

Herr Bessel nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung unter TOP 6.2 gestellte Anfrage und beantwortet diese wie folgt:

Zu Frage 1:

- informiert, dass in der zitierten Beschlussvorlage nicht Kosteneinsparungen durch die Nutzung von Erdwärme dargestellt worden sind, sondern Einsparungen der neuen EWE-Anlage (inkl. Erdwärme) gegenüber den damals gültigen allgemeinen Wärmepreisen

Zu Frage 2:

- verweist auf die bereits erfolgte Beantwortung unter AF/0068/2017

Zu Frage 3:

- informiert, dass diese Frage nicht beantwortet werden kann

Zu Frage 4:

- informiert, dass die Verwaltung bei Neubaumaßnahmen immer zum anteiligen Einsatz von erneuerbaren Energien verpflichtet (EEWärmeG) ist
- aus diesem Grund und wegen der Selbstbindung im Rahmen des beschlossenen Klimaschutzkonzeptes wird immer der Einsatz von alternativen Energieträgern unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten geprüft
- das kann unter günstigen Voraussetzungen, wie beim BBZ (wegen der ohnehin erforderlichen Tiefgründung) auch Geothermie sein
- grundsätzlich werden aus Kostengründen die Eigeninvestitionen den Contractingmodellen vorgezogen; im Einzelfall kann aber auch ein Contractingmodell in Frage kommen, z. B. bei fehlenden Investitionsmitteln oder - wie im Falle des BBZ - bei einem noch bestehenden Wärmeliefervertrag

Herr Baaz:

- fragt, in welcher Höhe die Verwaltung Kosten für die Wärmepumpenanlage an die EWE Vertrieb GmbH zu errichten hat

Herr Bessel informiert, dass ein Betrag von 3.171,35 Euro für den Grundpreis der Wärmepumpe brutto jährlich zu entrichten sind und verweist auf die Anlage „Preiszusammenstellung“ zur Beschlussvorlage BV/969/2013

Frau Wagner:

- regt an, die tatsächlich erreichten COP zu überprüfen bzw. bei der EWE Vertrieb GmbH zu erfragen, ob eine Nachrüstung der Mengenmesseinrichtung möglich wäre

Herr Jede beantragt Rederecht für Herrn Triller.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Herr Triller fragt, wie sich die Effektivität der Anlage entwickelt hat und bittet auf den Grundlagen aktueller Daten, um schriftliche Beantwortung.

Frau Fellner weist darauf hin, dass gestellte Fragen gern durch die Verwaltung beantwortet werden, soweit es möglich ist. Sie sagt zu, dass die Verwaltung an die EWE Vertrieb GmbH herantritt, um die Daten zu erfragen und nur nach Beantwortung ist eine weitere Information möglich.

9.3 Herr Banaskiewicz:

- regt an zu prüfen, ob während der Baustelle in der Brunnenstraße zusätzlich kurze Umleitungswege zur Umfahrung der Baustelle freigegeben werden können
- regt an, dass die Verwaltung Einfluss auf die Unternehmen nimmt, wenn sich deren Baumaßnahmen innerhalb der Stadt weit über den angesetzten Fertigstellungstermin erstrecken.

Frau Köhler berichtet, dass sie Anfang Januar die Information vom Landesbetrieb Straßenwesen (LS) erhalten hat, dass als nächster Schritt der Einbau von Beton vorgesehen ist, aber dies aufgrund der Witterungsverhältnisse bisher nicht möglich war.

9.4 Herr Pringal:

- fragt nach dem aktuellen Stand der Planung der Waldsportanlage und ob diese im Rahmen der Kostenschätzungen liegen

Frau Fellner informiert, dass in den Sitzungen des ABPU und im ASBKS im März der aktuelle Planungsstand ausführlich vorgestellt wird.

9.5 Herr Baaz:

- informiert, dass er ein Schreiben von der Stiftung Naturschutz Berlin zum „Langen Tag der Stadtnatur“ in Eberswalde erhalten hat und fragt, wie die Verwaltung sich dazu positioniert

Frau Fellner informiert, dass ihr dieses Schreiben nicht bekannt ist.

Es wird festgestellt, dass den anderen Fraktionen dieses Schreiben nicht bekannt ist.

9.6 Herr Grohs:

- informiert, dass der Landkreis Barnim den Landschaftsrahmenplan erarbeitet hat, fragt nach dem aktuellen Stand und ob die Verwaltung an der Erarbeitung beteiligt ist

Frau Fellner berichtet, dass die Verwaltung an der Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes beteiligt ist und das Verfahren begleitet. Sie sagt nähere Informationen zum Stand des Verfahrens in einer der nächsten Sitzungen zu.

9.7 Herr Sandow:

- fragt, warum im Januar 2017 der ABPU nicht getagt hat

Herr Wolff informiert, dass die Stadtverordneten den Terminkalender für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde und ihre Ausschüsse für das Jahr 2017 gemeinsam verabschiedet wurde und die Januarsitzungen auf Bedarf veranschlagt wurden. Weiter führt er aus, wenn von den Fraktionen Bedarf zu wichtigen Themen angemeldet wird, über das Stattfinden einer Sitzung im Januar hätte befunden werden können.

Frau Fellner weist auf das Procedere der vorbereitenden Gremienarbeit mit ihren Fristen hin.

9.8 Herr Dr. Mai:

- fragt nach dem aktuellen Stand zum Thomas Philips Restpostenmarkt

Frau Fellner informiert, dass nach ihrem Kenntnisstand die Baugenehmigung bereits erteilt wurde und die Umsetzung demnächst erfolgt.

9.9 Herr Bohn:

- fragt nach dem aktuellen Stand der alten Kommandantur in der Eisenbahnstraße und ob die Bauzäune eine Sicherungsmaßnahme darstellen oder ein Verkauf getätigt wurde

Frau Fellner sagt zu, den aktuellen Stand zu prüfen.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Vorlage: BV/0412/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Bebauungsplan Nr. 406/1 "Wohnquartier Westend-Center"

Aufhebung des Satzungsbeschlusses

Beschluss über die öffentliche Auslegung

Herr Dr. Kusserow:

- weist darauf hin, dass auf der Seite 19 von 32 der Anlage zur Beschlussvorlage, der zweite Satz im ersten Absatz nicht korrekt ist und durch das Wort „im“ zu ergänzen ist

Der Satzanfang lautet wie folgt korrekt: „Da im Plangebiet ein abgestimmtes städtebauliches Konzept.....“

Die Verwaltung nimmt den Hinweis zur Kenntnis und ändert die Vorlage dahingehend.

Abstimmungsergebnis mit der o.g. Ergänzung: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Aufhebung des Satzungsbeschlusses

Der Satzungsbeschluss Nr. 13/105/15 über den Bebauungsplan Nr. 406/1 „Wohnquartier Westend-Center“ in der Fassung vom 12.08.2015 wird aufgehoben.

2. Beschluss über die öffentliche Auslegung

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 406/1 „Wohnquartier Westend-Center“ einschließlich seiner Begründung wird in der vorliegenden Fassung vom 18.01.2017 gebilligt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 406/1 „Wohnquartier Westend-Center“ und seine Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

Fristgerecht vorgebrachte Stellungnahmen sind der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen.

3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die öffentliche Auslegung ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 10.2

Vorlage: BV/0425/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 01.4 - Jugendkoordinatorin

Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln für die Maßnahme "Außenanlage STINO"

Herr Uwe Grohs erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Stefan Grohs erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Diskussion teil.

Herr Dr. Mai:

- sieht Klärungsbedarf und bittet, die Vorlage vorerst zurückzustellen, um in den Fraktionen ausführlich über diese Vorlage diskutieren zu können

Herr Banaskiewicz:

- schließt sich der Aussage von Herrn Dr. Mai an und sieht ebenfalls Klärungsbedarf bei der Zuordnung der Fördergelder als auch in der Höhe der Summe, die für die Außenanlage vorgesehen ist

Herr Pringal:

- fragt nach der Abbildung der Kosten im Haushalt

Nach eingehender Diskussion geben die Mitglieder zur Kenntnis, dass noch Abstimmungsbedarf innerhalb der Fraktionen besteht und darüber hinaus keine Zuständigkeit des ABPU für die Vorberatung zu dieser Vorlage gesehen wird, da sie ausschließlich finanzielle Anliegen beinhaltet.

Herr Dr. Mai:

- stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Überweisung der Vorlage in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (AWF) und bittet um Abstimmung

Herr Wolff weist darauf hin, dass der ABPU ein beratender Ausschuss ist und laut Beratungsfolge die Vorlage bereits am Donnerstag, dem 09.02.17 zur Vorberatung im AWF ansteht und der Hauptausschuss (HA) als beschließender Ausschuss eine endgültige Klärung ermöglicht. Er plädiert dafür, dass die Beratungsfolge so bestehen bleibt, denn ein Überweisungsantrag in den AWF würde eine Beratungsfolge für den nächsten Monat mit sich bringen, zumal die derzeitige Beratungsfolge die Beratung im AWF vorsieht. Eine Überweisung in den nächsten Monat kann durch den AWF oder den HA beantragt werden.

Abstimmung zur Überweisung in den AWF laut Antrag von Herrn Dr. Mai:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Herr Wolff weist darauf hin, dass Klärungsbedarf zum Verfahren besteht.

TOP 10.3

Vorlage: BV/0407/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Entwurfsplanung und Baubeschluss Straßenbeleuchtung Knotenpunkt Friedensbrücke

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Straßenbeleuchtungsanlage Knotenpunkt Friedensbrücke zu und beschließt den Bau der Beleuchtungsanlage mit der City-line - Hellux-Hängeleuchte in Kugelform mit LED.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 10.4

Vorlage: BV/0408/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Asternweg

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage A sternweg zu und beschließt den Bau der Verkehrsanlage.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 10.5

Vorlage: BV/0409/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Paul-Trenn-Straße

Herr Uwe Grohs erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Stefan Grohs erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Diskussion teil.

Herr Banaskiewicz:

- weist darauf hin, dass die Investitionskosten laut Baukostenberechnung mit der Darstellung unter Pkt. 3.2 in der Kostenübersicht für die Beleuchtung nicht übereinstimmen

Die Verwaltung sagt zu, eine Richtigstellung der Kostendarstellung bis zur Sitzung des Hauptausschusses vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage Paul-Trenn-Straße zu und beschließt den Bau der Verkehrsanlage Paul-Trenn-Straße.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 10.6

Vorlage: BV/0410/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Stadt Eberswalde (Erschließungsbeitragssatzung)

Frau Fellner erläutert die Sachverhaltsdarstellung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen der Stadt Eberswalde (Erschließungsbeitragssatzung).

TOP 10.7

Vorlage: BV/0411/2017

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Straßenbaubeitragssatzung)

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eberswalde (Straßenbaubeitragssatzung).

Herr Wolff beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:43 Uhr.

Jürgen Wolff
Vorsitzender des Ausschusses
für Bau, Planung und Umwelt

Anja Guth
Schriftführerin

Beatrix Pohl
Jenny Seiffert

zu TOP 10.1

- **Gäste**

Christoph Kohl

zu TOP 10.1

Siegfried Schwarzer

zu TOP 7.2

Brigitte Suntrop

zu TOP 7.2